

Ehrenamtlich.

Vier Jahre Stadtverordneter in Teltow - Kay Kudell und sein Segelschiff stellen sich vor.

Seite 4

Deutlich.

Zwanzig Wochen Protest gegen 20 Atombomben in Büchel - kein nukleares Wettrennen!

Seite 6

Digitalisiert.

Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg setzt sich gegen digitale Gewalt vor allem gegen Frauen ein.

Seite 9

Antifaschistisch.

Der Verein „Zivilcourage vereint e.V.“ unterstützt antifaschistisches Engagement von Jugendlichen.

Seite 10

Für ein demokratisches, soziales Europa

Am 26. Mai 2019 sind Europawahlen



Nur noch knapp 120 Tage bis zu den Europawahlen am 26. Mai, zeitgleich stattfindend mit den Kommunalwahlen in unserem Land Brandenburg. Das Europäische Parlament ist die einzige direkt von den Bürger*innen gewählte EU-Institution. Damit wird der bewusste Urnengang auch Spiegelbild der Stimmungslagen, Hoffnungen, Ansprüche oder auch des Frusts der Bevölkerung in allen 28 und vielleicht bald 27 Mitgliedsstaaten an und auf „Politik“.

Ja, es geht im Mai um's Ganze. Noch nie war die Debatte über die Perspektiven der weiteren europäischen Integration so breit wie direkt, so heftig wie kontrovers und unmittelbar an die Erfahrungen, Herausforderungen unseres Alltags angeknüpft. Beispiele gibt es zuhauf: der Brexit oder die bis heute nicht substantiell bewältigte Finanz- und demokratische Strukturkrise. Eine sich noch immer nicht abzeichnende, aber dringend notwendige solidarische

und gemeinschaftliche europäische Antwort auf die Herausforderungen der in der EU neue Lebensperspektive bzw. Überlebenschance suchenden Geflüchteten und zur Migration gezwungenen Menschen aus anderen Teilen der Erde. Ein neuer, drohender nuklearer und konventioneller Rüstungswettlauf, die Herausforderungen des Klimawandels. Die Auswirkungen der digitalen technologischen Umwälzungen in Wirtschaft und Gesellschaft, die angesichts der globalen Wertschöpfungsprozesse unsere Arbeitswelt, die Entwicklungsperspektiven auch unserer Städte und Gemeinden oder die Bildungs- und Ausbildungschancen der jungen Generation nachhaltig berühren. Oder auch der Datenschutz - auf all diese Fragestellungen wird das im Mai neu gewählte Europaparlament Antwort geben müssen. In welche Richtung und wie diese aussehen, wie im Interesse der Bürger*innen künftig EU-Politik gestaltet und verantwortet wird, hängt

also unmittelbar von uns allen, von Jeder und Jedem ab. Seit Gründung der EU verweigern die Mitgliedstaaten eine verbindliche Regelung der sozialen Dimension der auf den Weg gebrachten Wirtschafts- und Währungsunion im europäischen Miteinander - allein der Markt soll regulierende Kraft gesellschaftlicher Entwicklung sein. Ignoriert wird, dass wirtschaftliche Entwicklung den Menschen dienen muss und politischer Einhegung des Binnenmarktes bedarf. Europäische Solidarität erfordert gemeinsame Politikentwicklung, Interessenausgleich und mit Blick auf und in die Welt mutiges Anpacken heutiger Aufgaben für die Lösung unserer Belange. Wir wollen, dass Menschen sich stärker einmischen, EU-weit und vor Ort, und Gesellschaft aktiv gestalten.

Helmut Scholz
Mitglied des Europäischen Parlaments
DIE LINKE.

Gastkommentar Parität heißt 1:1

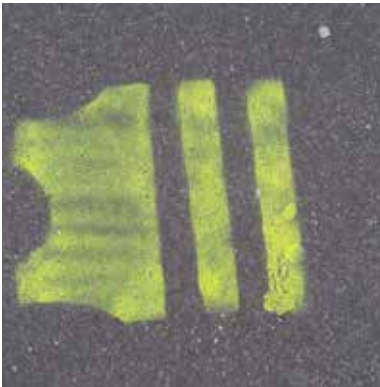
von Astrid Rabinowitsch,
Kreistagsabgeordnete (DIE LINKE)

Weil in der Bundesrepublik zwei Millionen mehr Frauen als Männer leben, wäre 1:1 eine unzulässige Verzerrung zu



Gunsten der Männer. Ich als Frau möchte das geändert haben - im Interesse beider Geschlechter. Ich habe aber gelernt, alle Selbstverpflichtung ist wenig wirksam, wenn das nicht gesetzlich geregelt ist. Darum hat die LINKE zusammen mit dem Koalitionspartner eine Initiative von B90Grünen aufgegriffen und im Landtag ein Gesetz eingebracht, dass alle Parteien zukünftig verpflichtet werden, ihre Landtagslisten nach dem Prinzip eine Frau, ein Mann oder auch umgekehrt aufzustellen. Keine Parteigremien können dann mehr nach Gusto Frauen benachteiligen. Mit dem Beschluss des Landtags vom 31.1.2019 ist Brandenburg Vorreiter. Die Grünen der alten Bundesrepublik hatten die quotierten Listen eingeführt. DIE LINKE hat die Regel bereits in der Vorgängerpartei im Dezember 1989 übernommen und für sich umgesetzt. Heute diskutiert bei uns schon lange keiner mehr darüber, wenn die Listen für die hauptamtlichen Parlamente aufgestellt werden. Und es gibt keinen Mangel an hoch qualifizierten und vielfältig engagierten Frauen. Als LINKE PM bieten wir Ihnen in drei der vier Wahlkreise solche Frauen als Spitzenkandidatin an. Wir spitzen nicht nur die Lippen, wir pfeifen auch.

Gelbe Westen ohne rote Fahnen



Seit November ist Frankreich wieder einmal, wie so häufig in der europäischen Geschichte, zur Spitze einer Rebellion geworden. Diesmal nicht unter roten Fahnen, sondern mit gelben Westen.

Inzwischen trägt man auch in Großbritannien Gelb und selbst bei den Streiks von Verdi trugen die Gewerkschafter*innen in den vergangenen Wochen ihr Gewerkschaftslogo auf gelben Westen. Rote Fahnen dagegen waren nicht zu sehen.

Was mit einem Protest gegen die Benzinpreiserhöhung begann, ist längst schon zum Protest gegen die gesamte Politik von Macron geworden – und das nicht nur von abhängig Beschäftigten, sondern auch von Schüler*innen und Student*innen. Schon erinnert man sich in Paris an den Mai von 1968, als De Gaulle aus Paris flüchtete.

Dass bislang keine roten Fahnen zu sehen waren, hängt auch mit der Schwäche der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften zusammen. Sie haben zwar noch Apparate, aber der Protest geht an ihnen vorbei. Dementsprechend lehnten bei einer nicht repräsentativen Umfrage 80 Prozent der Befragten eine Einmischung der Parteien ab.

Das Einzige wozu die Parteien fähig waren, war die Ankündigung eines parlamentarischen Misstrauensvotums

Harald Werner

Wie viel Kreisstadt steckt zukünftig in Bad Belzig?

Die LINKE bezieht klar Position



Teich am Kulturpark Bad Belzig

Foto: Pascal Volk

fragten wir in der vorigen MittelMarkLinks unter dem Bild von den Dächern von Bad Belzig (Noch zu sehen unter <https://www.dielinke-pm.de/kreisverband/kreiszeitung/2018/>). Da hatten wir dem Landrat schon im September die Zornesröte ins Gesicht getrieben, denn bereits im Ausschuss Wirtschaft, Finanzen und Personal hatten wir klar gesagt, dass seine Vorstellungen so nicht gehen. Die LINKE war auch die erste Fraktion, die sich eindeutig öffentlich festgelegt hat, dass wir seinen sogenannten „Masterplan“ nicht zustimmen werden. Wir hatten die ganze Jahre immer wieder in allen Dokumenten und vielen Anfragen auf den nicht nur nominellen, sondern echten Status von Bad Belzig als Kreisstadt bestanden. Aber nur mit Nein kann man meist keine Politik machen und hätten wir auch nichts für Bad Belzig erreicht. Statt dessen haben wir ganz konkrete Forderungen aufgemacht. In Beelitz Heilstätten kann das konzentriert werden, was heute in den vielen Außenstellen über den ganzen Kreis verstreut ist. Bad Belzig bleibt zweiter vollwertiger Standort. Dabei sollte gelten:

1. Der prozentuale Anteil von Bad Belzig an den Arbeitsplätzen der Kreisverwaltung muss erhalten bleiben – das ist nun festgeschrieben – aktuell sind es knapp 400 von ca. 1000. Das Verhältnis ist also auch für die Zukunft

bei 40:60. Das muss aber sehr konkret überwacht werden.

2. In dem Neubau in Beelitz Heilstätten werden nur die bisher nicht in Bad Belzig angesiedelten Dienststellen zusammen gefasst. Das halten wir auch für vernünftig, da die gegenwärtigen Standorte nicht zukunftsfähig sind. Verschieben sich Strukturen, gilt weiter 1)

3. Der Prozess der Neugestaltung der Verwaltung wird durch einen Ausschuss des Kreistages begleitet – war überhaupt nicht vorgesehen – jetzt ist es festgeschrieben.

4. An dem Ausschuss ist die Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister zu beteiligen. Das war nicht vorgesehen und wurde von beiden Seiten, den Bürgermeistern und den Kreistagsabgeordneten durchgesetzt.

5. Der erste Servicepunkt für die direkte Betreuung der Bürgeranliegen wird im Raum Bad Belzig errichtet. Damit ist nicht bis zur Inbetriebnahme des Verwaltungssitzes in Beelitz Heilstätten zu warten. Im Gegenteil – der soll möglichst schnell eingerichtet werden, damit dort Erfahrungen für eine Bürgerbetreuung auf höherem Niveau gesammelt und auf die weiteren Servicepoints übertragen werden können.

Der Prozess des „Erkenntnisgewinns“ beim Landrat und den „Regierungs-

fraktionen“ fand über viele Wege statt: Die Bürgerproteste haben Ohren geöffnet, die vielen Anfragen und Leserbriefe haben konkrete Denkansätze aufgeworfen, die Bürgermeister sich abgestimmt und so ihr Meinungsgewicht erhöht, die Kontakte zwischen den Kreistags-Fraktionen waren selten so intensiv. Selbst in den 20 Minuten vor der Kreistagssitzung hatten wir noch verschiedenen, „hohen“ Besuch und konnten – obwohl nur Opposition – einige letzte, wichtige Konkretisierungen (z.B. die 40:60-Regelung) im Beschlusstext erreichen. Anscheinend waren unsere Vorschläge doch zu vernünftig. Das ist das Zusammenspiel, wie es sich die Väter der Demokratie vorgestellt haben.

Und wo ist der Kompromiss? Einige hätten gern die gesamte Kreisverwaltung nach Bad Belzig geholt. Das wäre vor 2003 gegangen und war auch schon weit gediehen, wurde aber damals von der CDU ausgebremst. Heute wäre es nicht mehr realistisch. Aber das Selbstbewusstsein, das die Bad Belziger gezeigt haben, kann ein guter Treibsatz zu einer wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Stadt, die weitgehend unabhängig von der Kreisverwaltung ist, werden. Es ist immer besser, wenn man sich auf sich selber verlassen kann.

Thomas Singer
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsfraktion DIE LINKE

Wie kann 38 größer als 38 sein?

Kompetente LINKE Mannschaft tritt zur Kreistagswahl am 26.5.2019 an



Eröffnung des Kreisparteitages

Foto: Olaf Präger

Auf dem Nominierungsparteitag Anfang Januar im Dorfgemeinschaftshaus von Wiesenburg stellten die Delegierten für die Wähler ein breites Angebot zusammen.

38 LINKE Kandidaten stehen auf den Listen für die fünf Potsdam-Mittelmark Wahlkreise für den nächsten Kreistag. (Siehe Randspalte)

Die langjährige Doppelspitze der LINKEN im Kreistag, Kathrin Menz (Neuseddin) und Thomas Singer (Kleinmachnow), führen die Mannschaft auch in den Wahlkampf. Auch die Listen in den anderen Wahlkreisen werden von erfahrenen Kreistagsabgeordneten angeführt: Annerose Harmisch-Fischer im Wahlkreis 2, Andreas Bernig im Wahlkreis 4 und Astrit Rabinowitsch im Wahlkreis 5. Auch die bisherigen Kreistagsabgeordneten Klaus-Jürgen Warnick (Kleinmachnow), Harald Mushack (Stahnsdorf), Peter Hinze (Werder) treten wieder an.

Die fachliche Breite reicht von der Mathe/Physiklehrerin über den Agraringenieur und die ehrenamtliche Bürgermeisterin bis zum IT-Fachmann, vom selbständigen Handwerksmeister bis zum Firmeninhaber.

Drei Kandidaten mit 30 Jahren und jünger - die beiden Studenten Christoph Jantc aus Kleinmachnow und Simon Behling aus Teltow - sorgen gemeinsam mit Romano Kurtz aus Groß Kreuz für eine junge Sicht in dem Team.

Die 17 Frauen sind den LINKEN wie immer ganz wichtig im Team, auch wenn die 50% nicht ganz geschafft wurden.

Mehr als die Hälfte der Kandidatinnen und Kandidaten haben schon bei sich zu Hause als GemeindevertreterIn oder Stadtverordnete mehrere Jahre kommunalpolitische Erfahrung gesammelt. Acht Kandidaten gehören nicht der LINKEN an, bekennen sich aber zu den Zielen der LINKEN und stellen sich aber auf den Listen der LINKEN zur Wahl für den nächsten Kreistag.

Damit jetzt keine Verwirrung eintritt - nicht nur eine Kandidatin oder Kandidat zeichnet sich durch mehrere Kompetenzen aus - also es sind mehr Erfahrungsfelder als 38. Das kann ja nur gut sein.

Der Kreisparteitag nominierte Hans-Joachim Urmann als ihren Kandidaten für die Bürgermeisterwahl für Niemeck.

Thomas Singer
DIE LINKE.

Liste der Kreistagskandidaten der LINKEN in Potsdam-Mittelmark

Wahlkreis Kleinmachnow/Teltow

Thomas Singer, Kleinmachnow, Fraktionsvorsitzender Kreistagsfraktion, Informatiker
Iris Bonowsky, Teltow, Geschäftsführerin sozialer Träger
Simon Behling, Teltow, Student
Doris Kubiczeck, Kleinmachnow, ehem. Dozentin Deutsch als Fremdsprache
Klaus-Jürgen Warnick, Fraktionsvorsitzender Gemeindevertretung
Reinhard Frank, Teltow, Angestellter, Christoph Jantc, Kleinmachnow, Student
Wolfgang Kreemke, Langläufer aus der Weltspitze und ehem. Lehrer
Heiko Kuntzsch, Kleinmachow, Angestellter
Christian Zehner, Kleinmachnow, Professor für E-Technik

Irina Günther, Werder, Jugend/ Familie
Klaus Vehlow, Werder, Makler
Lisa Stooft, Geltow, langjährige Gemeindevertreterin und sachkundige Bürgerin im Kreistag
Gunter Schinke, Geschäftsführer Inselparadies
Sylvia Wagner, Werder/Havel, Erzieherin

Wahlkreis Ziesar, Wusterwitz, Groß Kreuz, Kloster Lehnin, Beetzsee

Dr. Andreas Bernig, Kloster Lehnin, Landtagsabgeordneter
Ingrid Feuerherd, Brielow, Rentnerin
Claudia Kirchhoff, Groß Kreuz, Fremdsprachenkauffrau
Ronald Kurtz, Groß Kreuz, Bürotechniker
Bärbel Merx, Ziesar, Lehrerin
Ingo Zeithammer, Jeserig, Agraringenieur
Norbert Tilgant, Wusterwitz, Handwerker
Romano Kurtz, Groß Kreuz, Wirtschaftsinformatiker

Wahlkreis Bad Belzig, Teuenbrietzen, Brück, Wiesenburg

Astrit Rabinowitsch, Wiesenburg, Kreisvorsitzende
Olaf Präger, Bad Belzig, Medien/ Rechtsextremismus
Renate Krüger, Borgwalde, ehrenamtliche Bürgermeisterin
Hans-Joachim Urmann, Niemeck, Bürgermeisterkandidat
Niemeck
Kerstin Panzner, Niemeck, Tourismus
Walter Treu, Teuenbrietzen, Rentner

Wahlkreis Stahnsdorf, Nuthetal, Beelitz, Michendorf

Annerose Harmisch-Fischer, Rehbrücke, langjährige Kommunalpolitikerin
Harald Mushak, Stahnsdorf, Unternehmer
Beate Koch, Stahnsdorf, Betreuerin von jugendlichen Flüchtlingen
Dirk Bohn, Stahnsdorf, Erzieher
Heike Schulz, Nudow, Lehrerin
Gabi Schrader, Beelitz, Vorsitzende KinderSorgen e.V.

Wahlkreis Werder, Schwielowsee, Seddiner See

Kathrin Menz, Neuseddin, Fraktionsvorsitzende Kreistag, Lehrerin
Peter Hinze, Werder, Dipl.-Ingenieur

Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 Wahlkreise im Landkreis Potsdam-Mittelmark



Vier Jahre Stadtverordneter in Teltow

Interview mit Kay Kudell (parteilos) aus der Fraktion LINKE/Umweltaktive/BfB/Piraten



Kay Kudell und „sein“ Segelschiff

Bild: Privat

Im Mai 2014 gab es für Kay Kudell, der auf der Liste der LINKEN erstmalig für ein Amt als Stadtverordneter kandidierte, eine echte Überraschung. Stand er doch von den Genossen nominiert auf Listenplatz 11, wurde er von den Wählerinnen und Wählern auf Platz drei hochkatapultiert. Seitdem bildet er unter dem Fraktionsvorsitzenden Axel Szilleweit von den Umweltpiraten zusammen mit drei LINKEN und je einem Vertreter der Bürger für Bürger und einer Piratin die gemeinsame Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) Teltow. Für das Gespräch haben wir uns auf das freundliche Du geeinigt. **Kay, nach nunmehr vier Jahren ist es Zeit, mal zurück zu schauen und zu prüfen, wie ist es bisher gelaufen. Aber zunächst, wie kam es vor vier Jahren zu deinem Erfolg?**

Ich hatte es nicht erwartet, dass ich von einem aussichtslosen Platz es doch noch schaffe, ein Mandat für die SVV zu bekommen. Damit habe ich sogar ältere, erfahrene Stadtverordnete überrascht, die es nicht schafften. Es lag wohl daran, dass ich mich bereits aktiv in Teltow um die Probleme der Menschen gekümmert habe. Vor allem

im Beirat der Schule wurden Probleme der Eltern von mir aufgenommen und in die Stadtverwaltung zur Klärung getragen. Viele kannten mich daher. **Welche Erwartungen hattest du dann als Stadtverordneter, wenn du bereits einen guten Draht zur Verwaltung hattest?**

Ich hoffte, schneller und einfacher etwas zu regeln. Die Probleme noch schneller anzusprechen und dann die Lösungen zu bekommen. Ich wollte noch mehr Informationen bekommen, habe daher auch als stellvertretender Fraktionsvorsitzender kandidiert und konnte somit viel mehr lesen und mich informieren.

Ich höre aus deinen Worten aber doch ein wenig Unzufriedenheit heraus. Wurden deine Erwartungen mit deinem Ehrenamt nicht erfüllt?

Ich bin schon ein bisschen enttäuscht. Ich hatte nicht mit der Langwierigkeit mancher Prozesse gerechnet und auch nicht mit den Schwierigkeiten, die durch die Gesetzgebung zu meistern sind.

Bist du der Auffassung, dass das zu ändern geht?

Ja, wenn wir es schaffen, dass die

Verwaltung effektiver arbeitet. Zum Beispiel sage ich mir, bei der Sicherung der Schulwege, die wir angeregt habe, muss es einfacher machbar sein. Im Sinne der Kinder ist da mehr Kraft zu investieren.

Worauf blickst du als Stadtverordneter in deiner Arbeit mit Stolz zurück?

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Preise für die Schulspeisung gedeckelt werden und die Stadt Teltow einen größeren finanziellen Beitrag beisteuert. Das haben wir geschafft. Wir haben den Wunsch aus dem Bürgerhaushalt aufgenommen und setzen uns für den Bau einer Schwimmhalle ein. Das geht noch etwas langsam voran, hat aber schon die Diskussion in der SVV überstanden. Und ich habe mich intensiv für ein WC am S-Bahnhof Teltow eingesetzt. Jetzt, nach „nur“ vier Jahren scheint es endlich zu kommen.

Gibt es auch Enttäuschendes für dich?

Da ist vor allem diese Kostenexplosion beim Hafen und dieses Rumgeeiere der SVV und der Verwaltung. Wir haben uns da ganz schön lächerlich gemacht. Es ist aus meiner Sicht ein finanzielles Fiasko entstanden, was auch auf Jahre noch anhält. Vielleicht wird es ein kultureller Hingucker, aber das reicht eben nicht.

Du hast dich nun wieder bereit erklärt, auch für die nächste Legislatur ab Mai 2019 zu kandidieren. Was sind deine Beweggründe?

Das eine habe ich soeben angesprochen: Ich will das Hafenprojekt weiter aktiv begleiten und als zweites möchte ich mich um den Bau der Schwimmhalle kümmern. Es gibt noch andere Projekte wie zum Beispiel den Erhalt der Osdorfer Straße. Es wäre toll, wenn wir auch die Bürgerbeteiligung besser hinbekommen. Da fehlt der Stadt noch eine Menge Power.

Gespräch: Reinhard Frank

„Ball der Roten Socken“ in Kleinmachnow

Zur Bundestagswahl 1994 warnte der damalige CDU-Generalsekretär, Peter Hintze, noch auf großflächigen Plakaten in ganz Deutschland vor den „Roten Socken“, also vor allem vor irgendeiner Zusammenarbeit mit der PDS. Im Osten allerdings erreichte dieser Slogan kaum Wirkung, im Gegenteil, er wurde zu einem Konjunkturprogramm der LINKEN.

Das zeigte sich auch wieder beim diesjährigen traditionellen „Ball der Roten Socken“. Es war nun schon der 25! Eine so lange Karriere hätte keiner der Gründer und Organisatoren dieser Idee 1994 zugetraut. Wieder konnten über 100 Gäste begrüßt werden, darunter u.a. die Bürgermeister von Teltow und Stahnsdorf sowie Vertreter der SPD, der CDU, der FDP, der Grünen und der Piraten. Von den gastgebenden LINKEN nahm der Bundestagsabgeordnete Norbert Müller und die Direktkandidatinnen für die Landtagswahl Claudia Sprengel, Marlen Block und Tina Lange teil. Genug Gelegenheiten zu zwanglosen Gesprächen über die politischen Lager hinaus, sind noch höchstens ein Drittel der Ballgäste eingeschriebene LINKE. Man feiert zusammen mit Freunden und politischen Weggefährten aus der Region, so auch am 19.1. Dafür gab es auch genügend Gelegenheit, mit einem abwechslungsreichen kulturellen Programm, mit wieder mit viel Applaus bedachten Tanzstudio Kurrat, mit tanzbarer Musik von Ulrike & DieBe und DJ Olaf Dettmann, mit der Artistin Sophia Drgala und mit einem vielfältigen Büfett der Gaststätte Havel aus Kleinmachnow. Man sieht, die LINKE stützt auch hier nach ihren Möglichkeiten immer die regionale Wirtschaft. Man kann den fleißigen Organisatoren von den Kleinmachnower LINKEN und insbesondere Klaus-Jürgen Warnick, nur danke sagen und weiter so.

Das Datum des 26. Balls der Roten Socken steht schon fest: der 18.1.2020.

Dr. Hans-Joachim Koch

Den 6. März 2019 vormerken!

Oder Neudeutsch für Smartphone-Nutzer: „save the date“

Am 6. März ist der Aschermittwoch 2019. In der Teltower Region hat man da nur eine Wahl und die war bisher immer gut – man geht zum Politischen Aschermittwoch der LINKEN.

Auch dieses Mal werden die Weltpolitik und die Ärgernisse in der Region auf die Schippe genommen. Da brüten die Teltower LINKEN schon über Texten, Reimen und Pointen. Wie immer

gibt es auch einen Profi-Gast des Abends – Jean-Philippe Kindler, Jahrgang 1996 aus Duisburg Er ist einer der erfolgreichsten PoetrySlamer. Das verspricht intensive Denkanregung verbunden mit Spaß.

Vormerken – Mittwoch, der 6. März 19:00 Stubenrauchsaal Teltow, Eintritt frei – Spenden erwünscht

PS: Poetry-Slam – sinngemäß lässt das sich mit „Dichterwettbewerb“ übersetzen. Dabei werden selbstgeschriebene Texte innerhalb einer bestimmten Zeit vorgetragen. Ausschlaggebend ist, dass der Textvortrag durch Darstellung und Selbstinszenierung des Vortragenden ergänzt wird. Die deutschsprachige Slam-Szene gilt als eine der größten der Welt.



Auf ganzer Linie

Landtagskandidatin Claudia Sprengel setzt sich für Breitbandausbau ein



Claudia Sprengel möchte #BrandenburgVerlinken

Foto: Privat

Regelmäßig fahre ich die Strecke zwischen Bad Belzig und Brandenburg an der Havel mit dem Bus. In den 45 Minuten habe ich fast durchgängig - kein Netz. Warte ich in Bad Belzig am ZOB (!) auf den Anschlussbus, habe ich - kein Netz. Sicher ist dies netzanbieterabhängig. Doch dies sollte eigentlich keine Rolle spielen - Stich-

wort: National Roaming. Nun ist der ÖPNV ja schon an sich ein Problem, da seine Taktung in manchen Bereichen von Potsdam-Mittelmark, besonders in den ländlicheren Regionen, sehr zu wünschen übrig lässt. Dennoch gibt es gute Gründe, warum man Bus und Bahn fährt - altersbedingt, gesundheitsbedingt oder schlicht aus

Überzeugung. Die Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs ist unabdingbar, um die Region als Wohnort, als Naherholungsgebiet und auch als Ausflugsziel attraktiver zu machen. Dies gilt aber mittlerweile ebenso für den Ausbau der Breitbandversorgung in der Region. Es ist heutzutage nicht hinnehmbar, dass einem nicht mal mitten im Ort (nicht in jedem) keine mobile Internetverbindung möglich ist oder ein offenes W-Lan angeboten wird. Es geht dabei nicht nur um Bequemlichkeiten, sondern darum, dass man dadurch eben auch den ÖPNV attraktiver macht. Wenn ich in Bus und Bahn nebenbei Mails abrufen, Zeitungen und Bücher online lesen kann, ohne sie mit mir rumschleppen zu müssen oder schauen kann, ob ich den Anschlusszug bekomme, so ist das ein echter Vorteil gegenüber dem Autofahren. Es ist gut, dass der PlusBus auf manchen Strecken WLAN anbietet, doch dieses funktioniert dann eben auch nur begrenzt. Breitbandausbau ist dabei unabdingbar - wir brauchen es aber auf ganzer Linie - eben online.

Claudia Sprengel

Was ist National Roaming?

Ich habe einen Vertrag mit dem Netzanbieter A. Da, wo ich bin, ist dessen Netz aber zu schlecht oder gar nicht zu erreichen. Dann darf sich mein Handy/Tablett in ein anderes Netz einwählen. Diese Vorgehensweise ist üblich bei der Nutzung von Netzen im Ausland. National Roaming bedeutet, dass auch innerhalb Deutschlands ein Wechsel in ein anderes Netz möglich ist.

Was macht einen PLUS Bus aus?

Mehr Fahrten, klarer Takt: Mo - Fr im Stundentakt, attraktives Angebot am Wochenende; Optimale Anschlüsse zur Bahn; einfach umsteigen: gute Anschlüsse zwischen den Bussen; moderne Busse: leichter Einstieg, bequeme Sitze; WLAN und USB-Ladesteckdosen: in allen Bussen im PlusBus-Design

mehr unter <https://www.regiobus-pm.de/fahrplaene/plusbus.html>

Asylrecht vs. Strafrecht

Landtagskandidatin Marlen Block kennt sich als Strafverteidigerin mit den Unterschieden aus



Rechtsanwältin und Landtagskandidatin Marlen Block

Foto: Privat

Wenn es um in Deutschland verübte Straftaten von Asylsuchenden geht, kochen die Emotionen in der Bevölkerung und darauf reflexartig folgend auch in der Politik hoch und manchmal offenbar auch über. Schnell werden dann Rufe laut, die eine schnelle Abschiebung, eine Verbüßung der Haft im Heimatland oder härtere Strafen

für diese Menschen fordert. Von einem verwirkten „Gastrecht“ ist dabei häufig die Rede. Aber gibt es dieses Gastrecht eigentlich? Kann man dieses Gastrecht verwirken? Und was macht man nun mit kriminellen Asylsuchenden? Gerade die LINKE tut sich in jüngster Zeit ungewohnt schwer mit einer klaren Antwort in dieser Frage. Waren

Rufe nach schneller Abschiebung früher als klare Forderungen aus den Reihen der Parteien rechts der SPD zu erkennen, äußerten sich inzwischen auch Sozialdemokraten wie Raed Saleh in seiner Funktion als SPD-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus derart, dass Menschen die menschliche Werte brutal missachten würden, ihr Gastrecht verwirkt hätten. Auch Sahra Wagenknecht war in Folge der Kölner Sylvesternacht 2015/16 zeitweise auf das Gleis geraten. Der linke Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) René Wilke hat nach mehreren gewalttätigen Vorfällen mit einer Gruppe junger syrischer Heranwachsender die Ausländerbehörde angewiesen, ein Ausweisungsverfahren gegen die Mitglieder dieser Gruppe zu prüfen.

Was aber kann eine linke Position in dieser Frage sein? Zunächst ist festzuhalten, dass das Recht auf Asyl im Grundgesetz verankert ist. Ein solcher Schutz nach dem Grundgesetz ist aber eben keine freundliche Einladung als „Gast“ in unserem Land

zu weilen, sondern, wie die Genfer Flüchtlingskonvention, ein Schutzrecht, das Menschen (und ja, auch Straftäter sind Menschen) davor schützt, in Ihren Heimatländern gefoltert oder getötet zu werden. Daran ändert auch das Begehen einer Straftat nichts. Was aber macht man denn nun mit straffälligen Asylsuchenden? Die Antwort kann nur heißen: Das gleiche wie mit einem deutschen Straftäter. Die Tat aburteilen, eine angemessene Sanktion verhängen, diese vollstrecken und dabei versuchen den Betroffenen zu befähigen, ein Leben ohne Straftaten zu führen und ihn in die Gesellschaft zu integrieren. Die Würde eines jeden Menschen ist unabhängig von seiner Herkunft oder seinen Verfehlungen unantastbar! Nur das kann eine linke Position in dieser Frage sein.

Marlen Block
Strafverteidigerin und
Direktkandidatin der LINKEN für den
Wahlkreis Teltow/Kleinmachnow
zur Landtagswahl am 1.9. 2019

Werderaner LINKE und die Bibel

Fraktionsvorsitzender Peter Hinze sieht das Wahlprogramm der LINKEn vorfristig erfüllt

„Der Herr freut sich mehr über einen reinigen Sünder denn über 99 Gerechte“ (Lukas 15, Vers 7) zitierte der Fraktionsvorsitzende Peter Hinze in der letzten SVV-Sitzung vor dem Jahreswechsel, schließlich konnte er feststellen, dass das Wahlprogramm der LINKEn vorfristig erfüllt wurde – auch weil die CDU in Werder linke Positionen übernommen hat:

- Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft in Werder, die HGW, baut in 2019 fast 100 neue bezahlbare Wohnungen – mehrheitlich zu Mieten bis 6,50 €/qm.
- 2018 wurde bereits eine neue Kita gebaut und in Betrieb genommen, eine neue wird in 2019 hinzukommen, eine weitere in der Kernstadt ist geplant.
- Eine neue Schule wird geplant und gebaut – leider privat, aber mit erheblichem städtischem Zuschuss.
- Die Elternbeitragsatzung für die Kitas wird geändert und für Geringverdiener und Familien mit mehr als 1 Kind werden die Elternbeiträge zum Teil drastisch gesenkt.
- Bürger erhalten mehr Mitsprache – ein Bürgerhaushalt bis 100.000 € soll eingeführt werden. Die Entwicklungsplanung wird öffentlich gemacht.
- Das Rechnungsprüfungsamt prüft die Sachlage rund um den bisher gescheiterten Thermenbau und den Verbleib



Peter Hinze kandidiert wieder für die SVV Werder und den Kreistag

der ca. 21 Mio. €, die dieser bisher gekostet hat.

- Die Bürgermeisterin übernimmt im Herbst die Schirmherrschaft über die Aktionswoche „Weltoffenes Werder“ und besuchte kurz vor Weihnachten gemeinsam mit Vertretern der LINEn die Familien im neuen Wohnheim für zu uns Geflüchtete auf der Jugendhöhe

Das Leben zeigt: Auch wenn es in Wer-

der länger gedauert hat als anderswo – die Argumente der Linken konnten nicht mehr einfach vom Tisch gewischt und abgetan werden.

Für die Linke und die anderen Oppositionsparteien bleibt dennoch genug zu tun:

- Seit Jahren wurde regelmäßig der Bau neuer Wohnungen durch die

HGW angekündigt und es ging nicht vorwärts. Jetzt werden wir die kürzlich beschlossenen Vorhaben kontrollierend begleiten.

- Die am Ortsrand geplanten Kitas liegen am falschen Platz und werden das Verkehrsproblem in Werder verschärfen.
- Die private Schule liegt nicht nur am falschen Standort (siehe Kitas), sondern kostet die Eltern auch erhebliches Schulgeld.
- Eine zusätzliche Schule nördlich der Bahnlinie in den Havelauen mit dem größten Zuzug junger Familien fehlt immer noch!
- Die Mitsprache der Bürger erstreckt sich noch nicht auf Entscheidendes wie z.B. Therme, Kita- und Schulstandorte, Verkehrsentwicklung, ...
- Es gibt immer noch keinen Tunnel unter der Bahn an der Phöbener Straße – nur durch weiteren Druck sind hier Lösungen zu erreichen.
- Das von uns eingeforderte und seit langem angekündigte Verkehrskonzept ist immer noch nicht in Sicht.

Fazit: Es braucht es andere Mehrheiten in der SVV. Es ist an der Zeit, mit den Wahlen 2019 DIE LINKE zu stärken und damit festgefahrene Werderaner Mehrheiten aufzubrechen.

Peter Hinze
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

20 Wochen gegen 20 Atombomben

Protest gegen das nukleare Wettrüsten

Auf dem Fliegerhorst in Büchel (Eifel) lagern rund 20 einsatzbereite US-amerikanische Atombomben vom Typ B61. Im Ernstfall sollen die von Tornados der Bundeswehr im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ zum Einsatz gebracht werden – d.h. deutsche Flugzeuge mit deutschen Piloten tragen die zu den Zielen. In den USA hat bereits die Produktion des Nachfolgemodells, der B61 begonnen. Das soll flexibler einsetzbar sein. Damit sinkt die Hemmschwelle, auf den roten Knopf zu drücken. Die Aufkündigung des INF-Vertrags durch Trump befeuert zusätzlich die Gefahr eines nuklearen Wettrüstens in Europa. Die Bundesregierung sieht hierbei tatenlos zu. Aufbauend auf die breite, kontinuierliche Protestbewegung gegen diese atomare Bedrohung seit vielen Jahren, verstärkt die Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“ den

Druck für den Abzug der Atombomben aus Deutschland. Mit der 20-wöchigen Aktionspräsenz 2019 protestieren ab dem 26.3. bis zum 9.8. zahlreiche Friedensgruppen im rheinland-pfälzischen Büchel.

Einen Aktionsschwerpunkt wird es im Juli geben, u.a. mit einem Camp, Konzerten und einem kirchlichen Aktionstag mit der früheren EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann. Weitere Infos werden auf www.atomwaffenfrei.de rechtzeitig bekanntgegeben. Kommt vorbei!

Marvin Mendyka
Netzwerk Friedenskooperative
m.mendyka@friedenskooperative.de
www.friedenskooperative.de



Einsatz fürs Gemeindezentrum

Ringen um das Haus für Begegnungen in Borkwalde



Ehrenamtliche Bürgermeisterin von Borkwalde Renate Krüger

Seit 2011 hat sich die Fraktion Die Linke in der Gemeindevertretung (GV) dafür eingesetzt, ein Gemeindezentrum nach dem Vorbild der DORV-Projekte in Borkwalde zu schaffen. Darin, so war die Idee, sollten Waren des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen, aber auch ein Treffpunkt für die Borkwalder/innen und ihre Gäste geschaffen werden. Wir nannten es „Borkwalde-Mitte“. Eine vom gleichnamigen Ausschuss durchgeführte Befragung der Bewohner/innen des Ortes bestätigte den Bedarf. Seit 2014 nahm die Planung des Zentrums Fahrt auf. Die erste Konzeption wurde von einer Arbeitsgruppe der Gemeindevertretung selbst erarbeitet. Die Einbeziehung von Fachleuten und die ersten Kostenschätzungen erbrachten aber, dass sich Borkwalde so ein Zentrum nicht leisten kann. Trotzdem wurde unermüdet an der Idee gearbeitet, wenigstens ein Begegnungszentrum entstehen zu lassen. Es gibt im Ort keine geeigneten Räume für kulturelle Veranstaltungen, Kurse, Nachbarschaftstreffen usw., selbst

der Gemeindevertretung steht nur der Bewegungsraum in der Kita für ihre Sitzungen zur Verfügung. Durch den starken Zuzug nach Borkwalde und in die Nachbargemeinde Borkheide seit 2017 wächst die Notwendigkeit, die kommunale Infrastruktur vor allem für die Kinderbetreuung auszubauen. Dank einer Vereinbarung beider Gemeinden wird Borkwalde eine zweite Kita bauen und Borkheide die Schule erweitern. Da aufgrund dieses Bedarfs das Begegnungszentrum wieder in weite Ferne rückt, haben wir uns entschlossen, die Kita als multifunktionales Gebäude zu errichten und einen Saal, der sowohl für die Kinderbetreuung als auch für die Nutzung durch die Öffentlichkeit bereitstehen wird, zu integrieren. Der Bauantrag ist gestellt, und auch wenn die Finanzierung schwierig wird, werden wir alles daran setzen, das Projekt umzusetzen. Wir brauchen beides – die Kita und einen Ort für Begegnungen.

Renate Krüger
Ehrenamtliche Bürgermeisterin
Borkwalde

Vorlesen am Vorlesetag

Barbara Klembt beteiligt sich in Belzig

Die Grundschule Am Schlosspark Wiesenburg beteiligt sich unter Federführung der Bibliothek „Am Männekentor“ seit mehreren Jahren am bundesweiten Vorlesetag am dritten Freitag im November.

Die Kinder der Klassen 3 bis 6 schwärmen an die verschiedenen Vorleseorte in Wiesenburg aus, z.B. in den Schlossturm zum Gästeführer Herbert Leibe, ins Rathaus zum Bürgermeister Marco Beckendorf usw. Die Kinder der Flex-Klassen (Jahrgangsstufen 1 und 2) bleiben auf dem Schulgelände und erwarten dort ihre VorleserInnen. Ich hatte bereits mehrmals das Glück, ihnen vorzulesen, so auch am 16. November 2018.

Mit erwartungsvollen Gesichtern suchten sie sich im Leseraum der Schule einen Platz. „Mäuseken Wackelohr“ von Hans Fallada war dieses Mal meine Hauptlektüre. Die kleinen Zuhörer lauschten gespannt, obwohl sie bereits vier Unterrichtsstunden hinter sich hatten. Nach diesem Stück klassischer Literatur gab es noch ein Märchen nach Wunsch. Ich verlas das Inhaltsverzeichnis des Gebrüder Grimm-Märchenbuches. Wir einigten

uns auf ein Auswahlverfahren und es wurde mit deutlicher Stimmenmehrheit „Frau Holle“. Begeistert zitierten die Kinder die bekanntesten Textpassagen selbst.

Dass Migration bei Kindern gut funktioniert, bewies sich hier überzeugend. Von den dreizehn Kindern war eins tschetschenischer, eins syrischer und eins französischer Herkunft. Krönender Abschluss der 90 Minuten war eine gemeinsam erzählte Fortsetzungsgeschichte über die Abenteuer einer Mäusefamilie, die auf dem Gelände der Grundschule lebt. Was sie in der Fantasie der Kinder dort so alles erlebte

Kaubonbons und Gummibärchen hatte ich als „Pausensnack“ mitgebracht, eine Lindt-Lese-Eule und eine Urkunde erhielt ich als Dankeschön.

Nach diesen tollen zwei Stunden fühlte ich mich sehr bereichert und optimistisch gestimmt.

Klassische Printmedien und „Kopfkino“ funktionieren bei den Jüngsten auch im digitalen Zeitalter.

Barbara Klembt



Ein kurzes Schlaglicht

Was in der EU anders werden muss

Der Europaabgeordnete Helmut Scholz, Mitglied der Linksfraktion seit 2009 – erstmalig in Wiesenburg – sorgte für die Einstimmung auf die Wahl zum Europaparlament. Er forderte endlich den Willen zu echten Gemeinschaftslösungen. Seit der Finanzkrise 2007/2008 nahm die so genannte Regierungszusammenarbeit überhand. Da verabreden sich zwei, drei Staaten zu einer Lösung. Das dient aber meist vor allem den einzelnen Mitgliedstaaten zur Wahrung nationaler Machtbelange und der der großen Unternehmen. Immer öfter

stehen sie darum im Gegensatz zum Europäischen Gedanken und der Wille und die Fähigkeit zu gemeinschaftlicher und solidarischer Umsetzung der Europäischen Idee wird untergraben. Die LINKE wird ihre Vorschläge für ein soziales, friedliches und demokratisches Europa in der zweiten Hälfte im Februar auf ihrem Bundesparteitag in Bonn formulieren.

Die LINKE PM ist auf dem Parteitag zur Nominierung der Kandidaten zum Europaparlament und zum Beschluss des Europawahlprogramms mit vier Delegierten vertreten.



Hartz IV: Bundesverfassungsgericht entscheidet über Sanktionen

DIE LINKE fordert schon seit langem die vollständige Abschaffung



Seit Einführung von Hartz IV stehen neben den viel zu niedrigen Regelsätzen insbesondere die Sanktionen, mit denen Erwerbslose und Aufstocker_innen von Jobcentern diszipliniert werden sollen, im Fokus der Kritik. 15 Jahre nach der Einführung wird nun vor dem Bundesverfassungsgericht erstmals verhandelt, ob Sanktionierungen überhaupt rechtmäßig sind. Das Sozialgericht in Gotha hielt die Sanktionen für verfassungswidrig und

lässt sie nun in Karlsruhe überprüfen. In dem vorliegenden Fall musste ein Erwerbsloser mit 234,60 Euro weniger auskommen, weil er ein unangemessenes Jobangebot abgelehnt und Probearbeit verweigert hatte. Das Bundesverfassungsgericht muss nun darüber entscheiden, ob die Sanktionen ganz oder teilweise verfassungswidrig sind. Wenn das Gericht der Einschätzung folgt, dass die Sanktionen verfassungswidrig sind, könnte dies eine lange

überfällige Erleichterung für viele ALG II-Empfänger_innen bedeuten. Denn: jeden Monat werden zehntausende ALG-II-Leistungsberechtigte mit einer Sanktion konfrontiert. Dies bedeutet eine Kürzung ihrer anerkannten Leistungsansprüche. Sanktionen im Bereich der Grundsicherung bedeuten regelmäßig eine Unterschreitung des ohnehin kleingerechneten, gesetzlich festgelegten Existenzminimums. Im schlimmsten Fall können die Jobcenter bei Personen, denen sie Fehlverhalten vorwerfen, das Arbeitslosengeld sogar komplett kürzen - so geschehen bei immerhin 0,2 Prozent der Leistungsberechtigten. Dies widerspricht dem Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum. Die Sanktionsregeln und die übliche Praxis nehmen mit der Kürzung der ohnehin zu geringen Leistung Verschuldung, massive Existenznöte, soziale Isolierung, Verschlechterung der Gesundheit und auch Obdachlosigkeit in Kauf. Von Hartz IV-Sanktionen sind insbesondere Familien mit Kindern betroffen. In etwa jedem dritten Haushalt, in dem die Grundsicherung gekürzt wird, leben ein oder mehrere Kinder. Jede

sechste Kürzung trifft alleinerziehende Mütter oder Väter. Noch stärker trifft es unter 25-Jährige. Ihre Sanktionierung und Disziplinierung wird besonders forciert. Die Folge: Jede_r zwölfte Leistungsberechtigte wird sanktioniert. Dabei geht es keineswegs um symbolische Sanktionen. So betraf die durchschnittliche Kürzung der unter 25-Jährigen saftige 127,97 € (August 2018). Wir können nur darauf hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht dieses Unrecht erkennt und das Sanktionsregime endlich beendet. Die Entscheidung wird in wenigen Monaten erwartet. Als LINKE werden wir unabhängig vom Ausgang weiterhin gegen Sanktionen in den Grundsicherungssystemen kämpfen. Wir wollen die Ursachen der Erwerbslosigkeit angehen, soziale Sicherheit garantieren und Armut beseitigen. Deshalb fordern wir Hartz IV durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung zu ersetzen, die wirklich vor Armut schützt.

Norbert Müller (DIE LINKE.)
Mitglied des Bundestages

Flucht ins Autoritäre und die Sehnsucht nach Führern

Eine häufige Frage heutiger Debatten ist, wie so hohe Zustimmungswerte für menschenfeindliche Positionen und Parteien möglich sind. Das fragten sich schon zu Beginn der 30er Jahre Erich Fromm und andere Vertreter der sogenannten Frankfurter Schule. Dabei entstanden die Studien zum autoritären Charakter, welche nahe legten, dass auch der Sozialcharakter jedes Menschen einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Hang zu autoritären Positionen habe. In genau dieser Tradition stehen die seit 2002 regelmäßig von Leipziger Sozialforschern veröffentlichten Autoritarismus-Studien. Mit einem festen Fragenkatalog erheben sie nicht nur menschenfeindliche Einstellungsmuster, sondern auch die hinter ihnen liegenden Sozialcharaktere. Die 2018er Studie trägt den Titel „Flucht ins Autoritäre“ und stellt genau diese fest: So stimmen immer mehr Menschen in Ost- und Westdeutschland ausländischerfeindlichen und chauvinistischen Thesen zu oder vermeiden es, sich eindeutig von ihnen abzugren-

zen. Mehr als ein Drittel aller Befragten stimmt bspw. der Aussage zu, dass Ausländer nur hierherkommen, um den Sozialstaat auszunutzen (Ost: 47,1 %, West: 32,7 %). Eindeutig antisemitische Aussagen erfahren im Vergleich zu früheren Erhebungen zwar geringere Zustimmungswerte. Dafür verlagert sich der Hass auf andere Gruppen. So sind Vorurteile gegen Sinti und Roma genauso wie jene gegen Asylbewerber oder Muslime gestiegen und erreichen mitunter Zustimmungswerte jenseits der 60 Prozent. Ähnlich wie schon für Fromm in den 30er ist für die Forscher auch heute ein autoritär verfasster Sozialcharakter ursächlich für solche Einstellungen. Dieser folgt dem Motto: „nach oben buckeln, nach unten treten“ und das alles auf den Pfaden vermeintlicher Konventionen. Alles Abweichende wird aggressiv abgewertet und eine Sehnsucht nach Führern ist kaum zu verheimlichen. Autoritäre Erziehungsstile und eigene Ausgrenzungserfahrungen schon im Kindesalter legen dafür wichtige

Keime. Das ist für mich als Kinder- und Jugendpolitiker ein Ausrufezeichen. Denn auch in unserem Bereich mehrten sich die Rufe nach „Schwarzer Pädagogik“ und hartem Durchgreifen bei abweichendem Verhalten. Wer früher ein kleines, armes Kind war, wird in dieser Logik ganz schnell zum Unruhe stiftendem Heranwachsenden, den es zu maßregeln gilt. Die Antworten auf derlei Phänomene sind bekanntermaßen so vielfältig wie ihre Ausprägungen. Der Studie

verdanken wir Einsicht und Beleg, dass es in der Prävention vor Rechtsextremismus eben auch um die rechtzeitige Stärkung von Selbstwertgefühl und Mitbestimmungsrechten junger Menschen gehen muss.

Die Studie als Ganzes ist übrigens hier kostenlos abrufbar: <http://home.uni-leipzig.de/decker/Flucht%20ins%20Autoritaere.pdf>

Norbert Müller, DIE LINKE.



Nach oben buckeln - nach unten treten

Foto: Büro Norbert Müller

Digitale Gewalt kann uns alle treffen

Bundestagsabgeordnete Anke Domscheidt-Berg (DIE LINKE) informiert über „Doxing“

Seit vielen Jahren kämpfen wir gegen Gewalt, die Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen begegnet, im privaten Raum, bei der Arbeit oder auch im Internet. 2017 wurden 147 Frauen von ihrem (Ex-)Partner getötet, 224 Frauen überlebten solche Tötungsversuche. Jeden Tag versucht also ein Mann, seine (Ex-)Partnerin zu töten, alle zweieinhalb Tage erreicht er sein tödliches Ziel. In den Medien werden diese Morde dann meist Tatsachen verdrehend als Beziehungsdrama bezeichnet.

Im Land Brandenburg lag die Zahl der gemeldeten Fälle von häuslicher Gewalt im Jahr 2017 bei 4254, bundesweit wurden 140.000 Menschen Opfer häuslicher Gewalt, 82 Prozent waren Frauen. Auch wenn Gewalt gegen Frauen am häufigsten im privaten Raum stattfindet und nicht, wie oft angenommen, auf dunkler Straße und durch Fremde, gibt es sichere Räume praktisch nicht. Das schränkt die Bewegungsfreiheit von Frauen ein. Mich schockiert, wie wenig ernst Gewalt gegen Frauen im Internet genommen wird. Die Polizei kennt sich z. B. nur äußerst selten mit den Möglichkeiten für digitales Stalking durch unsichtbare Apps auf dem Handy aus. Wenn Frauen aber dadurch jederzeit geortet werden können, steigt ihr Risiko, Opfer physischer Gewalt zu werden. Auch mit Beleidigungen bis hin zur Androhung von Vergewaltigung, Misshandlungen und Mord werden Frauen zunehmend im Netz konfrontiert. Auch ich habe Hassnachrichten erhalten, wurde beleidigt und bedroht. Ich habe manches bei der Polizei ange-



#schweigenbrechen – das Hilfefonntelefon bei Gewalt gegen Frauen – 08000 116 016
Foto: Büro Domscheidt-Berg

zeigt, aber noch nie endete ein Fall vor Gericht. Polizei und Justiz fehlen die fachliche Kompetenz und die personellen Kapazitäten, um sich angemessen um diese Rechtsbrüche zu kümmern. Vielen fehlt selbst das grundlegendste Verständnis. Das vergangene Jahr in Kraft getretene Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) bringt hier nur wenig Abhilfe. Es führt bestenfalls zur Löschung von Hassnachrichten, aber nicht zur Strafverfolgung. Und die Entscheidung, ob überhaupt gelöscht wird, liegt im Ermessen von Großkonzernen wie Facebook oder Twitter. Hassnachrichten über Messengerdienste sind überhaupt nicht vom NetzDG erfasst. Digitale Gewalt ist jedoch mehr als Hassnachrichten, dazu zählt auch

Identitätsmissbrauch, z.B. durch das Anlegen gefälschter Profile auf Pornoseiten, oder der Versand intimer Fotos an den Arbeitgeber. Solche Taten wirken in das Leben der Betroffenen hinein. Anfang des Jahres rückte nun das Thema digitale Gewalt in den Fokus der Öffentlichkeit, als ein 20-Jähriger private, teils intime Daten von fast 1000 Politiker*innen und Personen des öffentlichen Lebens über einen Twitter-Account verbreitete. Digitale Gewalt, und dazu zählt das Veröffentlichung persönlicher Informationen Dritter im Netz, so genanntes Doxing, kann uns alle jederzeit treffen. Dazu müssen die Täter nicht einmal ausgebildete IT-Spezialisten sein. Immer noch nutzen die meisten Menschen viel zu unsi-

chere Passwörter, die leicht erraten werden können. Täter gelangen so an Chatverläufe, E-Mails, Kontaktdaten, Fotos etc. Bislang blieb die Bundesregierung jedoch weitgehend untätig, was die Verfolgung von und den Schutz vor Doxing angeht. Sie lässt die Opfer allein. Noch im Dezember 2018 hat die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von mir geantwortet, dass Doxing für sie kein Cybercrime sei und kein Handlungsbedarf bestünde. Erst jetzt, wo Prominente und Politiker*innen betroffen sind, zeichnet sich ein Umdenken ab. So soll das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) künftig eine stärkere Rolle im digitalen Verbraucherschutz erhalten und die Definition von „Cybercrime“ erweitert werden. Vieles klingt aber bisher noch sehr vage.

Ich fordere daher von der Bundesregierung Fakten und Informationen zu konkreten Maßnahmen, wie sie das Ausmaß digitaler Gewalt erfasst und wie sie gegen digitale Gewalt vorgeht. Das Internet muss ein Raum sein, in dem sich Menschen frei bewegen können, ohne Angst vor jedweder Form von Gewalt. Staatliche Behörden müssen das Thema endlich ernst nehmen, Polizist*innen und Strafverfolgungsbeamte weiterbilden und eine zeitgemäße IT-Ausstattung erhalten. Es wird Zeit, dass die Polizei bei Fällen digitaler Gewalt, besonders gegen Frauen, konsequent Ermittlungen aufnimmt und die Justiz Recht auch durchsetzt. Als Feministin, Netzaktivistin und als persönlich Betroffene, ist mir das besonders wichtig.

Anke Domscheidt-Berg, DIE LINKE.

Aus dem Bundestag

Kein Mindestlohn unter 12 Euro!

Zum 1. Januar wurde der gesetzliche Mindestlohn von 8,84 auf 9,19 Euro angehoben. Dabei muss man laut Bundesregierung für eine armutsfeste Rente 45 Jahre in Vollzeit 12,63 Euro pro Stunde verdienen. Die Linksfraktion fordert in ihrem aktuellen Antrag, den Mindestlohn ohne Ausnahmen auf mindestens 12 Euro zu erhöhen. Alles andere ist ein Subventionsprogramm für die Wirtschaft auf Kosten der Allgemeinheit.
Die Erosion der Tarifbindung muss gestoppt werden
Die Tarifbindung der Unternehmen in

Deutschland geht weiter zurück. Das zeigen die Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Die Bundesregierung darf dieser dramatischen Entwicklung nicht länger tatenlos zuzusehen: „Tarifverträge müssen endlich auch gegen den Willen der Arbeitgeberverbände für allgemeinverbindlich erklärt werden können.“

UN-Sozialrat kritisiert Lage sozialer Menschenrechte in Deutschland
Die dringendsten Probleme: Kinderarmut, steigende Mieten und Wohnungsnot sowie die Situation in der Pflege.

Die Bundesregierung sieht soziale Menschenrechte als Menschenrechte zweiter Klasse.

Die Eurokrise ist nicht vorbei

Die zentrale Ursache der Eurokrise waren die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone. Diese wurden bis heute nicht beseitigt. Es braucht eine Reform der Wirtschafts- und Währungsunion.

Digitalkonzerne besteuern

Die Steuertricks von Internetgiganten wie Google und Facebook verursachen jährlich hunderte Milliarden Euro an Steuerausfällen in der EU. Lies, wie

diese Gewinnverschiebung eingedämmt werden kann.

Ein zügiger & sozial abgesicherter Kohleausstieg ist unausweichlich

Die Klimabewegung unterstützen und sich gleichzeitig um die Sorgen der Beschäftigten kümmern – das ist kein Widerspruch. Ein Kohleausstieg bei gleichzeitiger Garantie guter Arbeit für die Kumpel ist der richtige Weg. Klar ist auch: Zukunftsfähige Beschäftigung in den Revieren gibt es nur mit und nicht gegen den notwendigen Strukturwandel.

Brandenburg - es kann so einfach sein!?

Spitzenkandidatin der LINKEN für die Landtagswahl am 01. September, Kathrin Dannenberg, stellt ihre Themen vor



Kathrin Dannenberg

Foto: DIE LINKE

Wenn ich mit Leuten ins Gespräch komme, dann steht oft die Frage: wie hat linke Politik konkret im Land gewirkt? Habt ihr überhaupt irgendetwas bewirkt? Und dann fange ich an aufzuzählen: Mit Landesmitteln haben wir: den Einstieg in die Kitabetragsfreiheit für das letzte Kitajahr erreicht (jährlich 44 Mio Euro), den Betreuungsschlüssel verbessert (jährliche Mehrkosten von über 100 Mio Euro), Kitas in Brennpunktregionen unterstützt, die Finanzen für die frühkindliche Bildung sind seit 2009 verdreifacht worden. Außerdem: Schulen von Klasse 1-13 und Gemeinsames Lernen gefördert, über 200 Schulen wachsen derzeit in unserem Land. Das Azubiticket für 365 Euro /Jahr ab September 2019, Schülerbafög von 125 Euro pro Monat für Jugendliche, die ein Abitur machen wollen, und deren Eltern Sozialleistungen beziehen, Schulsozialarbeit gefördert, weitere 100 Stellen sind ab 2019

vorgesehen, Gesundheitsfachkräfte sind an einigen Schulen etabliert und wir bauen dies weiter aus, Lehrkräfte werden besser bezahlt, mehr zusätzliche Lehrerstellen sind geschaffen, das Hochschulbudget insgesamt ist enorm gestiegen (2018 25 Mio Euro, 2019 38,6 Mio Euro, ab 2020 50,1 Mio Euro), auch Volkshochschulen erhalten mehr Geld, Theater und kommunale Orchester werden mit Landesmitteln gefördert (insges. 56 Mio Euro, die Sportförderung ist erhöht worden auf 19 Mio Euro jährlich), mit kommunalen Investitionsprogrammen konnten Schulen, Kitas, Sportanlagen mit Mitteln des Landes ausgebaut werden, die Krankenhausmittel sind erhöht, um alle 56 Krankenhausstandorte zu erhalten, in den Frauenhäusern wird eine Kinderbetreuung ermöglicht, die Mittel zum Kampf gegen Gewalt gegen Frauen werden erhöht, der Brand- und Katastrophenschutz ist gestärkt - das

Feuerwehr- und Katastrophenschutzzentrum des Kreises in Großräschen ist mit Landesmitteln gebaut, die Mittel für den Öffentlichen Personennahverkehr, sozialer Wohnungsbau (für 2019/20: 100 Mio Euro) und Schienenverkehr sind erhöht, der Stellenabbau bei der Polizei gestoppt, sowie die Aufstockung der Sach- und Investitionsmittel im Polizeibereich (plus 20 Mio Euro auf insgesamt 150 Mio. Euro), ein Entschädigungsfond für Landwirte bei Dürreschäden ist eingerichtet (23 Mio. Euro), insgesamt werden 211 Mio Euro bis 2022 für die Förderung des Breitbandausbaus bereit gestellt, die Kommunen bekommen zukünftig mehr Geld (Mehrausgaben von ca. 800 Mio. Euro von 2019-2020) - in keinem Bundesland bekommen die Kommunen einen so hohen Anteil an den Steuereinnahmen des Landes

Diese Liste könnte ich noch fortsetzen. Die Frage ist und bleibt: Kommen diese Verbesserungen auch bei den Menschen an? Laut Brandenburg Monitor sagt ca. die Hälfte der Brandenburger, dass es ihnen finanziell gut geht und sich das Land in die richtige Richtung bewegt. Eine knappe Mehrheit äußert aber auch, dass sie Angst um die Zukunft ihrer Kinder haben, Angst vor sozialem Abstieg. Der Slogan „Brandenburg-es kann so einfach sein!“ ist nur für einen Teil der Menschen Lebenswirklichkeit. Fast jedes 5. Kind ist von Armut betroffen, vier von zehn Alleinerziehenden leben mit einem Armutsrisiko. Während ein geringer Teil der Menschen immer reicher wird, müssen andere den Euro

dreimal umdrehen. Da wird die Reparatur des Geschirrspülers, des Autos oder die Betriebskostenabrechnung zu einem großen Problem. Der Strukturwandel in der Lausitz, der kommende Ausstieg aus der Braunkohle, stellt viele Menschen wiederum vor Existenz- und Zukunftsängste. Vieles davon entscheiden wir nicht auf Landesebene. Hartz IV, Renten, prekäre und Teilzeitbeschäftigungen, die Anhebung des Mindestlohnes sind Themen, die auf Bundesebene entschieden werden. Der Mindestlohn von 9,19 Euro ist Armut per Gesetz. Das ist zu wenig, um vernünftig leben zu können! Seit knapp 20 Jahren haben immer weniger Menschen etwas vom wirtschaftlichen Aufschwung. Zeitarbeit und schlechte Bezahlung sind normal, feste Arbeitsverträge selten geworden. Das macht mich wütend, denn diese Verhältnisse wirken auch auf unsere Kinder und Jugendlichen. Sie leiden unter sozialem Stress. Wir können in Brandenburg nur die Symptome schlechter Bundespolitik bekämpfen. Wir müssen aber dafür sorgen, dass jedes Kind und jeder Jugendliche gleichen Zugang zu Bildung hat, unabhängig von seiner Herkunft und seinen individuellen Voraussetzungen und des Geldbeutels der Eltern. Bildung muss kostenfrei sein! Lasst uns deshalb für ein kostenfreies, gesundes Mittagessen, für freie Schülerbeförderung in allen Landkreisen und für Beitragsfreiheit in den Kitas kämpfen. Über alles das möchte ich gern in den nächsten Wochen bis zur Landtagswahl am 1. September mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Dr. Andreas Bernigs erneute Landtagskandidatur

Ein kurzer Querschnitt seiner Themen, deren zahlreiche seltsame Abkürzungen und konkrete Ergebnisse

Arbeitsförderung, Grundsicherung - Sozialbetriebe „Hand in Hand“ für Langzeitarbeitslose; Anpassung Kosten-der-Unterkunft-Richtlinie! Bezahlbarer Wohnraum. KKP (Kommunale Kriminalitäts Prävention)- Polizeibeamt; Beiräte /Sipa (Sicherheitspartner) in Stahnsdorf, Kleinmachnow und Teltow; FAG (Finanzausgleichsgesetz) - Erhöhung Schlüsselzuweisungen - Flächenfaktor noch nicht erreicht, Die Frage der Erhöhung Kreisumlage LEP-HR (Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion) - Wiedereinführung Grundzentren; mehr Wohnungsbau in den Gemeinden!

Abitur mit 13 Jahren GOST Lehnin und Treuenbrietzen; Sporthalle „Am Grünen Grund“ wird jetzt endlich gebaut; Landesprogramm „Gesundes Schulesen - lokale Tafelrunden“, Verbesserungen in Nuthetal. Entwicklung KEB (Kreisentwicklungsbudget), 277 € Sanierung Kirche Göhlsdorf im Rahmen LEADER; jetzt neues Projektauswahlverfahren bis 8. März - 8,9 Mill. für Projekte mit landesweiter Bedeutung! 5 € Spielplatz Göhlsdorf im Rahmen Programm Kleinstinvestitionen; Zusammenarbeit Amt Beetzsee mit Feuerwehr Brandenburg - Sicherung Betreuung Kita!

Betreutes Wohnen in Havelsee; FFW (Freiwillige Feuerwehr) Wusterwitz; L 86 Krielow - Deponie Deez; Unterstützung Beseitigung illegale Deponie Neuendorf bei Niemeck illegale Mülldeponie in Michelsdorf; BI (Bürgereinitiative) Flottstelle; jetzt befristet 30 Km/h, auch hier ging es um Mülldeponien! Erhalt Reha (Rehabilitation)-Becken Lehnin - für 800 Menschen Reha und Prävention gesichert plus sozialer Zusammenhalt! Auslastung/Vermarktung Gewerbegebiet Jeserig; Sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverhältnisse in der Kreisverwaltung

Radweg L 96 Wollin/Wenzlow wird nun 2019 endlich gebaut! Fahrzeittakt Buslinie 580 verbessert; Verbesserung Taktzeiten RB 1; Unterstützung Reit- und Sportverein Brandenburg; Unterstützung TWS (Tee- und WärmeStube)Werder; Parkplatzsituation Klinik Beelitz; Baugeschehen Trechwitz Berg Siedlung Trechwitz - Schwarzbauten; Unterbringung Flüchtlinge,

Dr. Andreas Bernig kandidiert am 26. Mai erneut für seine Gemeinde und den Kreistag und am 1. September für den Landtag

Antifaschistische Jugendreisen

Mit dem Verein „Zivilcourage vereint e.V.“ - Ein Interview

Der Verein „Zivilcourage vereint“ organisiert seit 14 Jahren Reisen von Jugendlichen aus ganz Deutschland zum Thema Toleranz, Demokratie, Frieden, Flucht, Antifaschismus, Widerstand und Neofaschismus. Auch 2019 findet die antifaschistische Jugendstudienreise statt. Dieses Jahr geht die Reise nach Tschechien. Hier erkunden wir die Spuren des antifaschistischen Widerstands, treffen Zeitzeugen und besuchen Gedenkstätten. Gleichzeitig gibt es Gelegenheit, sich gemeinsam mit der aktuellen Politik und insbesondere mit dem europaweiten Rechtsruck auseinander zu setzen.

Julian Beubler aus Bad Belzig reiste 2018 mit „Zivilcourage vereint e.V.“

Beschreibe kurz das Projekt, welches Du beim Verein „Zivilcourage vereint“ eingereicht hast

Ich habe mich eher weniger mit einem Projekt als mit einer Gruppe beworben. Ich bin in einer Gruppe Namens „Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage“, wo wir mitunter auch Aufklärungstage zum Thema Rassismus oder Rechtsextremismus veranstalten.

Wo genau seid ihr hingefahren?

Wir sind über München nach Österreich bis nach Ungarn gefahren. Dabei haben wir Gedenkstätten und auch ein paar bedeutende Orte des Widerstandes besucht. Zum Beispiel Mauthausen und Loibl-Nord und Loibl-Süd, aber auch Schloss Hartheim sowie das Partisanen Lazarett Franja.

Was habt ihr dort erlebt? Was ist Dir

besonders in Erinnerung geblieben?

Wie bereits erwähnt, haben wir diverse Orte besucht, haben aber auch ein Zeitzeugen Gespräch geführt. In Österreich, als wir Loibl besucht haben, war ich schockiert, als der Tourguide meinte, dass die FPÖ die Denkmäler „schützen“ möchte, aber in Wahrheit machen sie es eher schlimmer, indem sie es durch Betonplateaus verdecken und es somit auf einer gewissen Weise leugnen. Ebenso schockierend war die Audio-Tour durch Gusen, da es dort keine richtige Gedenkstätte gibt, da Einwohner sich dort niedergelassen haben und die Materialien der Hütten für ihre Bepflanzungen benutzen. Einzig der unglaubliche Audio-Guide macht es möglich sich ein Bild zu machen.

Habt ihr euch mit Einheimischen getroffen?

In der Gedenkstätte Mauthausen haben wir ein Zeitzeugengespräch mit einer älteren Dame gehabt, die damals den Ausbruch von Gefangenen miterlebt hatte und auch zwei geholfen hatte. Dies war sehr beeindruckend, fesselnd und auch rührend.

Hat es nach der Fahrt Folgeveranstaltungen gegeben? Welche Auswirkungen hat die Reise auf Dich, auf Dein Denken usw.?

Es gab danach leider keine Folgeveranstaltungen. Aber ich werde mich auf jeden Fall stärker für Menschen einsetzen, die diskriminiert werden o.Ä.. Zudem werde ich mir vornehmen mich aktiv in der Partei Die Linke engagieren.

Das Interview führte Olaf Präger.



Du hast Lust bekommen?

Bewirb dich jetzt! Wie?

Du kennst jemanden, der sich antifaschistisch engagiert oder bist selbst aktiv? Schicke uns deinen Beitrag oder Hinweise auf andere Projekte.

Du solltest zwischen 16 und 26 Jahre alt sein und dich in deiner Freizeit oder in der Schule für Toleranz und

gegen Rassismus engagieren. Send dein Projekt oder Informationen zu Deinem Engagement mit einer kurzen Beschreibung zu deiner Person an uns.

MdB Gesine Löttsch

Stichwort Zivilcourage

Platz der Republik 1

11011 Berlin

info[at]zivilcouragevereint.de

Werben in der MML 2019

MITTELMARK LINKS erscheint als linke Quartalszeitung 4x jährlich und wird kostenlos an 20.000 Haushalte im Landkreis Potsdam-Mittelmark verteilt. Mit Ihrer Anzeige sind Sie in der Region präsent und unterstützen eine alternative Stimme für lokale, bürgernahe linke Politik.

Voraussichtl. Erscheinungstermine 2019:

19.04.19 / 12.07.2019 / 11.10.2019

Anzeigenschluss:

06.04.2019 / 29.06.2019 / 29.09.2019

Anzeigenformate & -preise (Nettopreise in Klammern):

im Anschnitt (210x290mm):

- 1 Seite Anschnitt (210 x 290mm): 480,- (403,36) €
- 1/2 Seite Anschnitt (210 x 145mm): 270,- (226,89) €

im Satzspiegel (210 x 260mm):

- 1/2 Seite (210 x 130mm): 250,- (210,08) €
- 1/4 Seite (105 x 130mm / 210 x 65mm): 150,- (126,05) €
- 1/8 Seite (52 x 130mm / 105 x 65mm): 80,- (67,23) €

Platzierungszuschlag:

- Titel (nur 1/8 und 1/4 Seite möglich): 50%
- Rückseite: 20%

Rabattstaffel: 2 Ausg. - 10%; 3 Ausg. - 15%; 4 Ausg. - 25%

Der Rabatt wird bei verbindlicher Buchung von Anzeigen für mehrere Ausgaben (auch unterschiedl. Formate / nicht aufeinanderfolgende Ausgaben) gewährt. Die Rechnungslegung erfolgt jeweils zum Veröffentlichungstermin.

- Sonderkonditionen auf Anfrage -

Anzeigenbuchung unter:

kontakt@k2-potsdam.de

0331 / 86 749 883

0172 / 514 38 25

MML abonnieren !

Ja, ich will die MML zum Solipreis von 10,- € für 1 Jahr abonnieren (incl. Porto).

Name:

Straße:

PLZ / Ort:

Tel. (für Rückfr.):

Einsenden per Post:

DIE LINKE. Potsdam-Mittelmark, Straße der Einheit 53, 14806 Bad Belzig

per Fax: 033 841 - 43 880

per Mail: info@dielinke-pm.de

Information „Zivilcourage vereint e.V.“



Unser Bestreben, über diesen antifaschistischen Jugendwettbewerb und eine anschließende Bildungsreise junge Leute zum kreativen und intelligenten Widerstand gegen neofaschistische, rassistische und fremdenfeindliche Aktivitäten zu ermuntern und ihr bereits bestehendes Engagement zu würdigen, geht in diesem Jahr in seine 10. Runde.

Es geht unserem Verein um ein Lernen aus der Vergangenheit für das heutige Engagement gegen den wieder erstarkenden Rechtsradikalismus in Europa. Wir wollen mit unseren Reisen an die Orte des antifaschistischen Widerstandes und junge Leute erleben lassen, wie Menschen in der Vergangenheit mutig und solidarisch unter Aufopferung ihres Lebens für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit eintraten.

Impressum

Herausgeber:

k² Potsdam, PR- und Kommunikationsberatung

V.i.S.d.P.: Stefan Wollenberg

Tel. 0331 - 86 749 883;

Fax 0331 - 86 749 882;

E-Mail: mml@k2-potsdam.de

Internet: www.dielinke-pm.de

Redaktion, Layout&Satz:

k² Potsdam

Druck: Nordost-Druck GmbH

Auflage: 20.000

erscheint 4x jährlich

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

Kalenderblatt: Stolpersteine gegen das Vergessen



Stolpersteine zum Gedenken

Der Kölner Künstler Gunter Demnig begann 1992, kleine Gedenktafeln aus Messing vor der vermeintlich letzten frei gewählten Wohnadresse der Opfern des Nationalsozialismus im Boden zu verlegen.

Damit sollte vor Ort der Menschen gedacht werden, die verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Selbstmord getrieben wurden. Mit über 70 000 verlegten Gedenksteinen in 24 europäischen Ländern ist es heute das größte dezentrale Mahnmahl der Welt.

Auch im Kreis Potsdam-Mittelmark engagieren sich Bürger mit Ihren Nachforschungen für das Gedenken an Opfer des NS-Regimes aus ihrer nächsten Umgebung. So konnten – auch dank zahlreicher Sponsoren – Stolpersteine verlegt werden. Gedenken wird so konkret und nacherlebbar gestaltet. Oft werden auch Schüler einbezogen. Stolpersteine finden wir u.a. auch in Teltow, Kleinmachnow, Treuenbrietzen, Bad Belzig, Wiesenburg, Werder und Glindow.

Der 9. November 2018, der 80. Jahrestag der Reichsprogromnacht, war in vielen Orten, so auch in Stahnsdorf

Anlass, die Stolpersteine zu putzen und sich zum Gedenken an das Ehepaar Scheidemann an den verlegten Stolpersteinen zu versammeln. Mit einer kurzen Würdigung des Lebens der jüdischen Familie Scheidemann als Geschäftsleute und als für das Gemeinwohl engagierte Bürger durch einen Vertreter des Heimatvereins wurde überparteilich der Opfer des NS-Terrors gedacht. Der Opfer des Faschismus konkret zu gedenken, sollte stets ein Anliegen der LINKEN, aber auch aller anderen demokratischen Parteien und Organisationen, der Kirchen sowie der Bürger sein. Dass dies eine höchst aktuelle Aufgabe ist, kam auch in den Worten des Bürgermeisters von Stahnsdorf zum Ausdruck. Niemals sollten wir im Kampf gegen Volksverhetzung, Nationalismus und Intoleranz nachlassen. Ein Stolperstein soll das Gegenteil von Verdrängung sein, man sollte mit dem Kopf und dem Herzen stolpern, wenn man auf die Gedenktafel herunterschaut.

Dr. Hans-Joachim Koch

Neues Deutschland - anders als ihr denkt! 9 Wochen für 9 Euro

Mit neuem Konzept und großen Ansprüchen – für die, die am Wochenende eine Zeitung aus Papier schätzen, die mehr wollen als Tagesjournalismus, recherchierte Hintergrundinformationen, Analysen, Einordnungen und Erklärungen von aktuellen Vorgängen, die mehr selbst recherchierte Beiträge erwarten, mit genauen Beschreibungen der Situation, aus denen neue Erkenntnisse gewonnen und Debatten bereichert werden können.

»nd.DIE WOCHE« wird Menschen vorstellen, die politisch aktiv sind, die das, was Politiker entschieden haben, hautnah erleben. »nd.DIE WOCHE« sucht nach Konzepten für eine soziale, menschenfreundliche Gesellschaft. Wir lassen kritische Sozial- und Geisteswissenschaftler zu Wort kommen – für eine theoretische Basis für eine linke, menschenfreundliche Politik.

Das was sie sich immer wieder wünschen: nichts Beliebiges, keine braven Artikel sondern Texte mit Biss. Voilà, hier kommen sie...

dasND.de/ndWoche

Zur Probe: 9 x „nd.DIE WOCHE“ für 9 EUR freihaus im Briefkasten bestellen unter <https://dasnd.de/neunmalneun>



Sebastian Walter und Anja Mayer

Ein Hinweis zum Schluss

Die Mittelmark LINKS erfreut sich inzwischen großer Beliebtheit im Kreis. Da 20.000 Druckexemplare nicht ausreichen, um alle Haushalte zu versorgen, geben Sie Ihr Exemplar gern weiter, wenn Sie es gelesen haben! Und wenn Sie mal selbst keins abbekommen haben, finden Sie die aktuelle Ausgabe auch im Internet:

<http://www.dielinke-pm.de/kreisverband/kreiszeitung/>